

16.6.2020

A9-0117/12

Änderungsantrag 12
Helmut Scholz, Idoia Villanueva Ruiz
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Bericht

A9-0117/2020

Kati Piri, Christophe Hansen

Empfehlung des Europäischen Parlaments für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (2020/2023(INI))

Entschließungsantrag

Ziffer 37 – Ziffer iii

Entschließungsantrag

Geänderter Text

iii) Verpflichtungen in Bezug auf Antidumping- und Ausgleichsmaßnahmen, die nötigenfalls über die in diesem Bereich geltenden Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) hinausgehen, und Verpflichtungen und Durchsetzungsmöglichkeiten in Bezug auf Wettbewerb und staatliche Beihilfen;

iii) Verpflichtungen in Bezug auf Antidumping- und Ausgleichsmaßnahmen, die ***auch Fälle von Umwelt-, Sozial- und Steuerdumping betreffen und*** nötigenfalls über die in diesem Bereich geltenden Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) hinausgehen ***könnten***, und Verpflichtungen und Durchsetzungsmöglichkeiten in Bezug auf Wettbewerb und staatliche Beihilfen;

Or. en

16.6.2020

A9-0117/13

Änderungsantrag 13
Helmut Scholz, Idoia Villanueva Ruiz
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Bericht

A9-0117/2020

Kati Piri, Christophe Hansen

Empfehlung des Europäischen Parlaments für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (2020/2023(INI))

Entschließungsantrag
Ziffer 136

Entschließungsantrag

Geänderter Text

136. betont, dass das vorgesehene Abkommen wirksame und durchsetzbare Regelungen für die Anerkennung und ein hohes Schutzniveau für geografische Angaben sowie für Rechte des geistigen Eigentums, wie Urheberrechte und verwandte Schutzrechte, Marken und Geschmacksmuster, Patente und Geschäftsgeheimnisse, umfassen sollte, die derzeit oder künftig auf EU-Rechtsvorschriften beruhen; ist der Auffassung, dass auch dafür gesorgt werden sollte, dass die Möglichkeit einer engen bilateralen Zusammenarbeit zwischen dem Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) und **den Ämtern** für geistiges Eigentum im Vereinigten Königreich besteht;

136. betont, dass das vorgesehene Abkommen wirksame und durchsetzbare Regelungen für die Anerkennung und ein hohes Schutzniveau für geografische Angaben sowie für Rechte des geistigen Eigentums, wie Urheberrechte und verwandte Schutzrechte, Marken und Geschmacksmuster, Patente und Geschäftsgeheimnisse, umfassen sollte, die derzeit oder künftig auf EU-Rechtsvorschriften beruhen, **ohne dass der Zugang zu erschwinglichen Arzneimitteln wie etwa Generika gefährdet wird**; ist der Auffassung, dass auch dafür gesorgt werden sollte, dass die Möglichkeit einer engen bilateralen Zusammenarbeit zwischen dem Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) und **dem Amt** für geistiges Eigentum im Vereinigten Königreich besteht;

Or. en

16.6.2020

A9-0117/14

Änderungsantrag 14
Helmut Scholz, Idoia Villanueva Ruiz
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Bericht

A9-0117/2020

Kati Piri, Christophe Hansen

Empfehlung des Europäischen Parlaments für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (2020/2023(INI))

Entschließungsantrag
Ziffer 37 – Ziffer xi a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

xia) weist darauf hin, dass das öffentliche Gesundheitswesen von Liberalisierungsbestimmungen ausgenommen werden sollte;

Or. en

16.6.2020

A9-0117/15

Änderungsantrag 15
Helmut Scholz, Idoia Villanueva Ruiz
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Bericht

A9-0117/2020

Kati Piri, Christophe Hansen

Empfehlung des Europäischen Parlaments für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (2020/2023(INI))

Entschließungsantrag

Ziffer 37 – Ziffer xi b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

xib) fordert beide Parteien auf, sich auf Notfallmaßnahmen für Dienstleistungen zu einigen, die – basierend auf den Grundsätzen der Nichtdiskriminierung und anderer bestehender ergänzender Bestimmungen gemäß Artikel XII des GATS, wenn bei einem Vertragspartner schwerwiegende Zahlungsbilanz- und externe Finanzschwierigkeiten auftreten, und gemäß Artikel XIV des GATS, wenn aufgrund übergeordneter politischer Anliegen wie der Schutz des Lebens oder der Gesundheit Maßnahmen notwendig erscheinen – die vorübergehende Aussetzung des Marktzugangs, der Inländerbehandlung und/oder anderer entsprechender Verpflichtungen in einzelnen Sektoren ermöglichen;

Or. en